

Ein Monat Krieg hat das strategische Scheitern des Angriffs auf Iran aufgezeigt

31 Mär. 2026 06:00 Uhr

Was die USA und Israel als schnelle Kampagne betrachteten, sieht Iran als Kampf ums Überleben. Während Washington und Westjerusalem sich verkalkuliert haben, steigen die wirtschaftlichen und geopolitischen Kosten des Krieges, dessen Ende nicht absehbar ist.



© Urheberrechtlich geschützt

Menschen schwenken iranische Fahnen im Zentrum von Teheran, Iran, 22. März 2026

Von Murad Sadygzade

Nach einem Monat Krieg gegen Iran sticht eine Schlussfolgerung deutlicher hervor als alles, was in den Pressekonferenzen verkündet wurde: Weder die USA noch Israel gingen mit der Absicht in diese Konfrontation, einen langen Krieg zu führen.

Die Kampagne war als kurze und brutale Episode konzipiert, als Schockoperation, die den iranischen Willen brechen, Teheran zu demütigenden Verhandlungen zwingen oder – in den ambitioniertesten Fantasien aus Donald Trumps politischem Umfeld – einen internen Zusammenbruch und womöglich sogar einen Regimewechsel auslösen sollte. Israels Ziel war etwas anders, wenn auch komplementär. Es wollte der iranischen militärischen und strategischen Infrastruktur maximalen Schaden zufügen, sie auf Jahre schwächen und das regionale Gleichgewicht mit Gewalt verändern. Doch bereits im ersten Kampfmonat begann die zentrale Annahme beider Ansätze zu bröckeln. Anstatt einzuknicken und sich zur Unterwerfung zwingen zu lassen, leistete Iran Widerstand wie ein Staat, der ums Überleben kämpft.

Was Iran nicht umbringt, macht ihn stärker

Die amerikanischen Planer scheinen sich eine begrenzte Strafaktion von ein bis zwei Wochen vorgestellt zu haben. Die Logik war bekannt und aus ihrer Sicht elegant: hart zuschlagen, Angst schüren, Kommandostrukturen zerschlagen, die wirtschaftlichen Kosten erhöhen und einen Moment schaffen, in dem die iranische Führung vor der Wahl zwischen Kapitulation und Katastrophe stünde. Manche im Trump-Lager glaubten offenbar, das iranische politische System sei brüchig genug, um unter Druck zusammenzubrechen. Diese Annahme wirkt heute weniger wie Strategie, sondern eher wie Projektion. Washington ging in den Krieg mit der Erwartung, schnell Einfluss zu gewinnen, statt ein langwieriges Kräftemessen zu führen.

Israel seinerseits scheint die Anfangsphase mit weniger Illusionen über Diplomatie und mehr Entschlossenheit angegangen zu sein, Iran mit Gewalt zu schwächen. Der strategische Instinkt in Westjerusalem bestand nicht primär darin, aus einer Position der Stärke mit Teheran zu verhandeln, sondern den Schutz einer von den USA unterstützten Offensive zu nutzen, um so viel wie möglich zu treffen und Iran militärisch, technologisch und geopolitisch zurückzudrängen. In diesem Sinne waren Israels Ziele härter und konkreter. Doch schon im ersten Monat offenbarte sich ein Widerspruch. Ein Staat kann Iran schaden. Er kann töten, Unruhe stiften, sabotieren und bombardieren. Doch Iran zu schwächen ist nicht dasselbe wie ihn zu zerschlagen. Eine Kampagne, die zwar Schaden anrichtet, aber nicht entscheidend lähmt, kann dazu führen, dass Teheran politisch, moralisch und strategisch gestärkt aus der Situation hervorgeht, wenn es dem angegriffenen Staat gelingt, zu überleben, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen und seine Widerstandsfähigkeit in Legitimität umzuwandeln.

Und genau hier nutzte Iran den Moment. Teheran durchbrach das Denkmuster, mit dem viele Amerikaner die Krise interpretiert hatten. In Washington schien der Krieg als taktisches Manöver betrachtet worden zu sein. In Teheran hingegen wurde er als strategischer, ja existenzieller Kampf verstanden. Die iranische Führung agierte nicht, als befände sie sich in einem weiteren Verhandlungszyklus, sondern als stünde sie vor einer entscheidenden Konfrontation um Souveränität, Abschreckung und das Überleben des Staates. Dieser Unterschied in der strategischen Tiefe prägte den ersten Monat stärker als jeder einzelne Raketenangriff. Eine Seite, die um bessere Verhandlungsbedingungen kämpft, gibt in der Regel auf, sobald der Preis unbequem wird. Eine Seite, die kämpft, weil sie eine Niederlage als Bedrohung ihrer Zukunft ansieht, verarbeitet Schmerz anders, kalkuliert anders und eskaliert mit einer anderen Disziplin.

Gleichzeitig bot sich den iranischen Machthabern eine wichtige innenpolitische Chance. Äußere Aggression verändert fast immer die Stimmung im Inneren eines angegriffenen Landes, und Iran bildete da keine Ausnahme. Ungeachtet aller Missstände, Spaltungen und Frustrationen, die vor dem Krieg in der iranischen Gesellschaft herrschten, gab der Angriff der USA und Israels Teheran die Möglichkeit, die Bevölkerung hinter dem Staat, der Flagge und dem Gedanken des nationalen Überlebens zu vereinen. In solchen Momenten kann sich selbst eine Regierung, die Kritik ausgesetzt ist, als Verteidigerin der Nation gegen ausländische Gewalt neu positionieren. Dies beseitigt zwar nicht die inneren Spannungen und löst auch nicht auf magische Weise die innenpolitischen Probleme Irans. Aber es gibt der Führung die Möglichkeit, Patriotismus, Opferbereitschaft und Widerstand in einer Weise zu beschwören, die unter normalen Umständen viel schwieriger gewesen wäre. Für den iranischen Staat könnte sich dies als eine der wichtigsten politischen Folgen des Krieges erweisen.

Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich die ursprünglich als Einschüchterungsoperation geplante Aktion zu einer Reputationsfalle für die USA. Washington verfügt zwar nach wie vor über eine enorme Zerstörungskraft, doch Macht bemisst sich niemals allein an der Feuerkraft. Sie bemisst sich auch an politischer Klarheit, an der Realisierbarkeit der Ziele, an der Fähigkeit, Ergebnisse ohne

Selbstschädigung zu gestalten, und an der Glaubwürdigkeit der Ordnung, die man zu verteidigen vorgibt. Im ersten Monat dieses Krieges haben die USA all diese Aspekte beschädigt. Sie traten mit einer Rhetorik der Stärke ein und sprechen nun bereits von Pausen, Vermittlungskanälen, indirekten Botschaften und unter Druck verlängerten Fristen. Das wirkt nicht wie eine Supermacht, die Bedingungen diktiert. Es wirkt eher wie eine Supermacht, die feststellt, dass Zwang leichter zu beginnen als zu beenden ist.

Die Welt zahlt den Preis

Allein die wirtschaftlichen Folgen lassen die Operation strategisch kontraproduktiv erscheinen. Ein Krieg dieser Art beschränkt sich nicht auf militärische Karten. Er wirkt sich auf Ölpreise, Schiffsversicherungen, die Vorsicht der Zentralbanken, den Inflationsdruck, die Lebensmittelkosten, die Panik der Anleger und politische Unruhen in Ländern fernab des Schlachtfelds aus. Was in Washington als begrenzter geopolitischer Schock verkauft wurde, gleicht nun einem Brandbeschleuniger für eine ohnehin schon instabile Weltwirtschaft. In diesem Sinne ist eine der wahrscheinlichsten Langzeitfolgen nicht nur die Unruhe im Nahen Osten, sondern die zunehmende Gefahr einer globalen Rezession. Und sollte es tatsächlich zu einer Rezession kommen, werden die USA nicht als passive Beobachter des Chaos dazu beigetragen haben, sondern als einer ihrer Hauptverursacher. Darin liegt eine tiefe Ironie. Washington begann diesen Krieg unter dem Vorwand von Sicherheit und Stärke, könnte aber am Ende Unsicherheit im globalen Maßstab exportieren und gleichzeitig seinen eigenen wirtschaftlichen Handlungsspielraum schwächen.

Die zweite wichtige Folge ist geopolitischer Natur und langfristig potenziell noch gravierender. Dieser Krieg beschleunigt die Fragmentierung des internationalen Systems. Er lehrt die Welt erneut, dass die Abhängigkeit von amerikanischen Garantien mit wachsender Unsicherheit, ideologischer Instabilität und plötzlichem Unilateralismus einhergeht. Verbündete werden daran erinnert, dass die USA einen großen Krieg beginnen und anschließend Solidarität fordern können. Partner werden daran erinnert, dass amerikanische Entscheidungen von Wahlkampfinstinkten, medialer Inszenierung und dem übersteigerten Selbstvertrauen von Amtsträgern beeinflusst sein können, die Störungen mit Strategie verwechseln. Neutrale Staaten werden daran erinnert, dass in Krisenzeiten Souveränität und Absicherung wichtiger sind als Parolen der Bündnispolitik. So wächst die Multipolarität in der Praxis: durch wiederholte Demonstrationen, dass das alte Zentrum die Ereignisse nicht mehr kontrollieren kann, ohne sie zu destabilisieren.

Der Druck legt die Schwachstellen der NATO offen

Der Krieg hat auch gezeigt, wie dünn der Zusammenhalt im "kollektiven Westen" geworden ist. Amerikas traditionelle Verbündete haben sich nicht so geschlossen hinter Washington gestellt, wie es erwartet worden war. Europäische Regierungen zeigten Skepsis, Verärgerung und in manchen Fällen sogar offene Distanz. Die Bündnismüdigkeit ist unter dem Druck deutlich spürbar. Die NATO existiert zwar weiterhin, gibt weiterhin Geld aus und koordiniert ihre Aktivitäten. Doch politisch und psychologisch hat das alte Bild eines vollständig geeinten westlichen Blocks einen weiteren Schlag erlitten.

Die Glaubwürdigkeit von Bündnissen ist kumulativ. Sie wird über Jahrzehnte aufgebaut und kann durch jeden einzelnen Schock geschwächt werden. Jede Episode, in der Washington zuerst handelt und später konsultiert, jeder Ausbruch, der Partner als Instrumente statt als politische Akteure behandelt, jede Forderung nach Gehorsam ohne strategische Begründung untergräbt das Vertrauen ein Stück weiter. Ein Militärbündnis kann eine solche Erosion eine Zeit lang überstehen, insbesondere solange die Mitglieder

gemeinsame Gegner fürchten. Doch die politische Seele eines Bündnisses lässt sich schwerer wiederherstellen als seine Budgets. Der erste Kriegsmonat mit Iran hat die emotionale und strategische Distanz zwischen den USA und Teilen Europas vergrößert, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem westliche Institutionen bereits unter internen Widersprüchen litten. Der Westen ist heute weit weniger geschlossen, als er vorgibt zu sein, und dieser Konflikt hat dies nur noch deutlicher gemacht.

Der Krieg verändert den Golf – und Iran selbst

Auch für die Golfstaaten läutet der Konflikt eine neue Ära ein. Ihre Sicherheitskonzepte basierten jahrzehntelang auf einer kontrollierten Abhängigkeit vom amerikanischen Schutzschirm, verbunden mit ambitionierten sozialen und wirtschaftlichen Transformationen im eigenen Land. Dieses Modell erscheint nun weniger stabil. Die Golfmonarchien sehen sich einer harten Realität gegenüber. Sie sind weiterhin iranischen Vergeltungsmaßnahmen, Störungen der Schifffahrtswege, der Energiekrise und der Möglichkeit ausgesetzt, dass Washington zwar entschlossen, aber unberechenbar handelt. Die alte Annahme, amerikanische Macht bedeute automatisch regionale Ordnung, hat jedenfalls an Bedeutung verloren. Für die Eliten am Golf bedeutet dies, dass Sicherheitsdoktrin und Entwicklungsstrategie nicht länger getrennt betrachtet werden können. Sie verschmelzen zu einer einzigen Frage. Die Region tritt in eine neue Ära ein, in der alte Formeln für Schutz, Wachstum und politisches Gleichgewicht überdacht werden müssen.

Irans Lage ist paradox. Militärisch hat das Land gelitten. Wirtschaftlich steht es weiterhin unter enormem Druck. Der Schaden im Land ist real und gravierend. Doch Politik ist nicht allein eine Bilanz der Zerstörung. Vieles hängt davon ab, wie die gegenwärtige Phase endet. Sollte Teheran letztendlich zu demütigenden Zugeständnissen gezwungen werden, könnten die gegenwärtigen Imagegewinne und die gestärkte Positionierung verpuffen. Doch in dieser Phase hat Iran seine internationale Position in einem entscheidenden Punkt unbestreitbar verbessert: Er hat gezeigt, dass er Washington Paroli bieten und immensum Druck standhalten kann. In weiten Teilen der nicht-westlichen Welt und in großen Teilen der Weltöffentlichkeit, die dem amerikanischen Interventionismus zutiefst misstrauen, wird Iran zunehmend weniger als Karikatur der offiziellen westlichen Propaganda, sondern vielmehr als Staat wahrgenommen, der sich gegen die Aggression der USA und Israels verteidigt. Das Überleben unter Beschuss kann politisch transformativ sein.

Es gibt auch eine weiterreichende symbolische Wirkung. Jahrelang herrschte in vielen westlichen Hauptstädten die Annahme vor, Iran könne eingekesselt, isoliert, eingeschüchtert und schrittweise zur strategischen Unterwerfung gezwungen werden. Der erste Kriegsmonat hat diese Weltsicht nicht bestätigt. Vielmehr hat er Beobachter daran erinnert, dass Mittelmächte unter extremem Druck immer noch strategische Überraschungen schaffen können, wenn sie intern auf Ausdauer, Asymmetrie und politische Geduld ausgerichtet sind. Iran musste nicht konventionell gewinnen, um die Bedeutung des Konflikts zu verändern. Es genügte, den von den Aggressoren erhofften schnellen politischen Erfolg zu verhindern. Und damit verschob er die psychologische Dynamik des Krieges.

Die einzigen Siege sind politischer Natur

Israel mag zwar der einzige Akteur sein, der einen kurzfristigen politischen Gewinn für sich verbuchen kann, doch selbst dieser ist begrenzt und gefährlich. Die unmittelbaren Nutznießer scheinen die Rechtsextremen in der derzeit regierenden israelischen Regierung zu sein. Für sie schafft der Krieg Raum für ideologische Verhärtung, sicherheitspolitische Manöver und die Behauptung, maximale Gewalt sei die einzige Sprache, die die Region versteht. Eine langwierige Konfrontation mit Iran trägt zudem

dazu bei, die innenpolitische Dynamik in einem Ausnahmezustand zu halten, in dem abweichende Meinungen marginalisiert und radikale Agenden leichter verbreitet werden können. Dies ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einem strategischen Sieg Israels. Es handelt sich um einen politischen Gewinn für eine bestimmte Gruppierung, nicht unbedingt um einen dauerhaften Gewinn für den israelischen Staat. Eine Region, die immer tiefer in einen permanenten Krieg getrieben wird, ist keine Region, die langfristige Sicherheit garantiert, selbst nicht für die Seite, die sich derzeit im Vorteil wähnt.

Die Verluste sind strategischer Natur

Betrachtet man die Bilanz nach einem Monat, wird das Paradoxon deutlich. Das Land mit dem größten militärischen Gewicht ist möglicherweise auch dasjenige, das strategisch die größten Verluste erlitten hat. Die USA haben einen Reputationsschaden hinnehmen müssen, die Zweifel an ihrer strategischen Kompetenz haben sich verstärkt, das Vertrauen der Verbündeten ist angespannt, die Instabilität der globalen Wirtschaft hat sich verschärft und die multipolare Entwicklung, die sie lange zu bremsen versucht haben, hat sich beschleunigt. Israel hat ein schwierigeres regionales Umfeld vorgefunden und vorübergehend mehr Spielraum für seine radikalsten politischen Kräfte erhalten. Iran hat einen hohen Preis gezahlt, aber auch Widerstandsfähigkeit bewiesen, seine Widerstandsrhetorik gestärkt und seine internationale Position in den Augen vieler verbessert, die ihn nun eher als angegriffenes Land denn als Schurkenstaat sehen, der bestraft werden muss. Die Golfstaaten wurden zu einer strategischen Neuausrichtung gedrängt. Europa wurde daran erinnert, dass die transatlantische Solidarität nun deutliche Grenzen hat. Der Westen ist also nach wie vor bewaffnet, wohlhabend und institutionell bedeutend, aber politisch nicht mehr vereint.

Deshalb sollte der erste Kriegsmonat nicht allein anhand von Angriffskarten, Opferzahlen und taktischen Manövern interpretiert werden. Seine tiefere Bedeutung liegt woanders. Er hat das Scheitern einer altbekannten Illusion der amerikanischen Außenpolitik offenbart: der Illusion, man könne Gewalt als kurzfristige Demonstration einsetzen, strategische Kapitulation erzwingen und sich zurückziehen, bevor die politischen Konsequenzen sich vollends entfalten. Dieses Drehbuch funktionierte selbst in einer einfacheren Welt schlecht. In einer zersplitterten, von Inflation geplagten und zunehmend der einseitigen amerikanischen Schocks überdrüssigen Welt versagt es noch mehr. Iran verstand die Konfrontation als Kampf ums Überleben. Washington behandelte sie zu lange als bloßes Manöver. Die Geschichte bestraft solche Ungleichbehandlungen in der Ernsthaftigkeit.

Bereits Ende des ersten Monats zeichneten sich vorsichtige Verhandlungsversuche ab, und die Amerikaner scheinen das größte Interesse daran zu haben, diesen Weg zu beschreiten. Allein dies sagt viel über den Verlauf des Krieges aus. Die Seite, die glaubte, ihren Willen schnell durchsetzen zu können, ist nun viel stärker an einem Ausweg interessiert als erwartet. Doch die Parteien sind noch weit von Frieden entfernt. Ihre Positionen sind weiterhin durch Misstrauen, Wut, unvereinbare Kriegsziele und die zunehmende Logik der Eskalation getrennt. Der Ausgang des Konflikts bleibt höchst ungewiss, vielleicht sogar ungewisser als zu Beginn. Der Nebel hat sich nicht gelichtet, sondern verdichtet.

Und doch ist selbst durch diesen Nebel hindurch eines klar: Fast alle Beteiligten spüren, dass sich die Katastrophe ausweitet. Der Krieg wird nicht länger als ein begrenzter Konflikt mit klar definierten Grenzen wahrgenommen. Er wird zunehmend als Kettenreaktion gesehen, deren Radius sich politisch, militärisch, wirtschaftlich und psychologisch immer weiter ausdehnt. Die Angst gilt nun nicht nur weiterer Zerstörung, weiterer Vertreibung und weiterer regionaler Destabilisierung. Es ist auch der Punkt, an dem die Eskalation in etwas weitaus Düsteres umschlägt, einschließlich der Möglichkeit einer nuklearen

Katastrophe. Diese Befürchtung mag manchen noch immer extrem erscheinen, doch allein die Tatsache, dass sie nun ausgesprochen wird, zeigt, wie gefährlich dieser Konflikt geworden ist.

Die ernüchterndste Schlussfolgerung ist daher zugleich die einfachste: Anstatt die amerikanische Autorität wiederherzustellen, hat ein Monat Krieg ihre Grenzen aufgezeigt. Anstatt das westliche Lager wieder zu vereinen, hat er verdeutlicht, wie gespalten dieses Lager ist. Anstatt die Iran-Frage zu lösen, hat er deutlich gemacht, dass Iran nicht als bloßes taktisches Objekt behandelt werden kann. Und anstatt die Welt sicherer zu machen, hat dieser Krieg sie fragmentierter, misstrauischer, teurer und instabiler gemacht.

Dieser Beitrag ist zuerst bei RT auf [Englisch](#) erschienen.

Murad Sadygzade ist Präsident des Russischen Zentrums für Nahoststudien und Gastdozent an der Wirtschaftshochschule Moskau (HSE).

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln